

rung "systemkonformes Verhalten aller Bevölkerungsgruppen fördern und 'staatsfreie' Nischen in der Gesellschaft verschließen" soll (S. 133). Mit dem letzten Aspekt schließt sich dann der Kreis wieder: "Das Familienrecht avanciert zum Feld der Auseinandersetzungen islamistischer und zaghaft feministischer Kräfte, zwischen denen der Staat immer weniger auszugleichen vermag" (S. 133). Der Schlußsatz des Werkes läßt dann allerdings vielfältige Deutungen zu: "Die Perspektiven der gültigen Gesetze zum Personalstatut ergeben sich nicht nur aus der Entwicklung der religiösen Verhältnisse, sondern sind eine Funktion verschiedener politischer, sozialer und kultureller Aspekte mit zahlreichen Variablen" (S. 134). Abgerundet wird das Werk durch ein Literaturverzeichnis und ein sehr hilfreiches Glossar islamisch-rechtlicher Termini. Leider fehlt ein Stichwortverzeichnis, das die Zugänglichkeit des Werkes und seine Verwendbarkeit als Nachschlagewerk deutlich erhöht hätte.

Der Untertitel "Problemfelder, Methoden, Perspektiven" deutet auf eine Eigenheit des Werkes hin: Es enthält eine Vielzahl von Auflistungen und Zusammenstellungen des relevanten Materials, weshalb es nicht ganz leicht lesbar ist. Zudem werden viele Probleme nur kurz angerissen, so daß die Arbeit an manchen Stellen etwas skizzenhaft wirkt. Sie stellt Material zusammen, wertet die Sekundärliteratur aus und wirft einige interessante Fragen auf, ohne sie jedoch ausführlich abzuhandeln. Das ist auf nicht einmal zweihundert Seiten natürlich auch nicht möglich und soll die Verdienste des Werkes auch nicht schmälern: Besonders der "systematische Teil" mit der knappen vergleichenden Darstellung familienrechtlicher Vorschriften arabischer Staaten wird für Wissenschaft und Praxis ein äußerst hilfreicher Einstieg sein, wenn es um Fragen des geltenden Familienrechts der arabischen Staaten geht.

Johannes Christian Wichard

Eve Sandberg (Hrsg.)

The Changing Politics of Non-Governmental Organizations and African States

Praeger, Westport (Connecticut) / London, 1994, 206 S., £ 43,95

Der Sammelband beschäftigt sich in acht Beiträgen mit den Beziehungen zwischen Nicht-regierungsorganisationen (NRO) und dem Staat in Afrika. Die Bedeutung der NRO hat seit Ende der 1980er Jahre in Afrika eine zunehmend wichtige Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit gespielt. Bis zum Ausbruch der Demokratisierungswelle wurden NRO von den autoritären Regimen als bedrohliche Konkurrenz gesehen und ihre Aktivitäten argwöhnisch verfolgt oder gezielt behindert. Es galt, den Aufbau von vom Staat unabhängigen Organisationen zu verhindern. Damit sollte vermieden werden, daß die Geberländer NRO zunehmend als Kooperationspartner betrachteten und diesen einen Teil der Entwicklungshilfe direkt zur Verfügung stellten. Dies hätte für das autoritäre Regime bedeutet, diese

Mittel nicht mehr nach eigenem Ermessen verwenden zu können. Da große Teile der Entwicklungshilfe zur Finanzierung des Patronagepools oder zur persönlichen Bereicherung des Diktators dienten, war dieser Aspekt für die meisten Staatschefs von vitaler Bedeutung. Zudem sollte die Entstehung mächtiger gesellschaftlicher Organisationen vermieden werden, die das Regime politisch hätten herausfordern können.

Während die NRO, die meistens über wenig Ressourcen verfügten und ihre Aufgaben oft ausschließlich auf unpolitische Entwicklungs- und Wohlfahrtsaufgaben beschränkten, in der Phase der demokratischen Transition, die die meisten afrikanischen Staaten in den letzten Jahren durchlaufen haben, oft keine entscheidende Rolle zu spielen vermochten, ja teilweise von autoritären Regimen dazu benutzt wurden, die Suspendierung der Entwicklungshilfe an den Staat zu unterlaufen, wie *Eve Sandberg* in ihrem Einleitungskapitel anmerkt, kommt ihnen im Konsolidierungsprozeß der jungen und fragilen demokratischen Staaten eine besondere Bedeutung zu.

Die NRO sollen, vom Staat unabhängig, die Regierungspolitik beeinflussen und sich nicht nur auf die Durchführung von Projekten verlegen, wie *Michael Bratton* in seinem Beitrag unterstreicht: "NGO contribution to the alleviation of rural poverty will be piecemeal and short-lived unless NGOs themselves develop the capacity to form and influence public policy environment" (S. 57). Eine erfolgreiche NRO müsse deshalb auch über ein politisches Mobilisierungspotential verfügen, um Druck auf die Regierung ausüben zu können. Die Abhängigkeit von ausländischer Hilfe sei kontraproduktiv, da Kritik an der Regierungspolitik vom Regime als von außen ferngesteuert delegitimiert werden könne (S. 55). Dieser letzte Punkt überzeugt indes nicht. Entweder ist die Kritik berechtigt oder sie ist es nicht. Da die meisten NRO über keine ausreichenden finanziellen Möglichkeiten verfügen, sich aus eigener Kraft als gesellschaftliches Gewicht zu etablieren, ist die Unterstützung durch ausländische Sponsoren von großer Wichtigkeit.

Deborah Brautigam widerlegt am Beispiel Gambias Brattons These, daß Mehrparteiensysteme mit relativ hoher Legitimität in der Bevölkerung den Einfluß von NRO begünstigen würden (S. 74). Dabei übersieht sie jedoch, daß Gambia zwar seit seiner Unabhängigkeit über ein Mehrparteiensystem verfügt hatte, dieses aber kaum gefestigt war, wie der Militärputsch von 1994 gezeigt hat.

Karen Jenkins beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Rolle der christlichen Kirchen, die nach dem Versagen der autoritären Regime einen großen Mitgliederzulauf verzeichnen konnten. Die Vorteile der Kirchen im NRO-Sektor liegen nach Ansicht von Jenkins einerseits in ihrer guten Infrastruktur und in ihren einheimischen und internationalen Einnahmequellen. Andererseits seien sie politisch unabhängig und hätten sich von den autoritären Regimen nicht kooptieren lassen. Ob allerdings die Kirchen dazu beitragen, das Demokratiebewußtsein ihrer Mitglieder im Rahmen der Kirchenarbeit zu stärken, wie Jenkins meint, muß in Anbetracht der oft noch hierarchischen Entscheidungsstrukturen (vor allem in der katholischen Kirche) mit Vorsicht betrachtet werden.

Frederick Anang untersucht in seinem Aufsatz die Rolle der ausländischen NRO in Ghana. Die Beziehungen zwischen den NRO und dem Staat sind wegen der Ineffizienz und der

fehlenden Koordination im Staatsapparat nicht geordnet. Internationale NRO können ohne Einflußnahme des Staates arbeiten, solange sie nicht die politische Legitimität des Rawlings-Regimes beeinträchtigen. Kritisch merkt Anang die geringe Kooperation der internationalen NRO untereinander an.

Aili Tripp stellt in einem Beitrag über Tansania fest, daß seit Ende der 1980er Jahre die NRO in dem Maße an Gewicht gewonnen haben, wie der Staat infolge einer schweren Wirtschaftskrise und weitreichender Wirtschaftsreformen schwächer geworden ist. Vor allem hat die Zahl der informellen lokalen Organisationen zugenommen, die Aufgaben wahrnehmen, welche vom Staat nicht mehr erfüllt werden. Dazu gehören Selbsthilfeprojekte, Entwicklungs- und Wohlfahrtsaufgaben.

Sehr anschaulich verdeutlicht *Helmut Anheier* am Beispiel zweier NRO-Dachorganisationen in Nigeria und Togo, welche Probleme Koordinierungsversuche im NRO-Sektor aufwerfen. Er kommt zu dem Schluß, daß der Versuch, den NRO-Sektor zu koordinieren, in Nigeria mehr Probleme geschaffen als gelöst hat (S. 165). Die Nachteile, die durch Aufgabenduplizierung und fehlende Zusammenarbeit auftreten, seien weniger schwerwiegend als die Paralyisierung des Sektors durch gegenseitige Blockaden und komplizierte Verhandlungsprozesse in einem zentralen Dachverband. In Togo konnte sich kein starker, vom Staat unabhängiger NRO-Sektor herausbilden. Der Dachverband wurde maßgeblich vom Regime initiiert, um die NRO besser kontrollieren zu können. Für die einzelnen NRO hatte er wenig Nutzen.

Im Schlußkapitel beleuchten *Eve Sandberg* und *Carol Martin* das in Namibia praktizierte Modell der "Consultative Democracy". Sie stellen die These auf, daß der Aufbau demokratischer Institutionen nicht durch eine Kooptation des NRO-Sektors, sondern durch seine Einbeziehung in den politischen Entscheidungsprozeß gefördert würde. In Namibia hätten vor allem externe Akteure auf die NRO, die bis dahin dem Staat skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, ihren Einfluß dahingehend ausgeübt, das Konsultativmodell anzunehmen.

Der Sammelband befaßt sich mit einem wichtigen und aktuellen Thema, das besonders im Hinblick auf die Konsolidierungsbemühungen der jungen demokratischen Systeme in Afrika auch zukünftig von Relevanz sein wird. Leider wurde keine für alle Beiträge des Bandes einheitliche Definition der NRO festgeschrieben. Insgesamt wird deutlich, daß der Sektor der NRO in den meisten Staaten Afrikas ressourcenarm, finanzschwach und schlecht organisiert ist. Er ist somit noch weit davon entfernt, ein gesellschaftliches Gegengewicht zum Staat zu bilden.

Heiko Meinhardt